

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: 1994 konjunkturelle Erholung bei finanzpolitischem Konsolidierungskurs

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1993) : Bundesrepublik Deutschland: 1994 konjunkturelle Erholung bei finanzpolitischem Konsolidierungskurs, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 282-301

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1572>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: 1994 konjunkturelle Erholung bei finanzpolitischem Konsolidierungskurs

**Von Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Jörg W. Krämer,
Enno Langfeldt und Klaus-Werner Schatz**

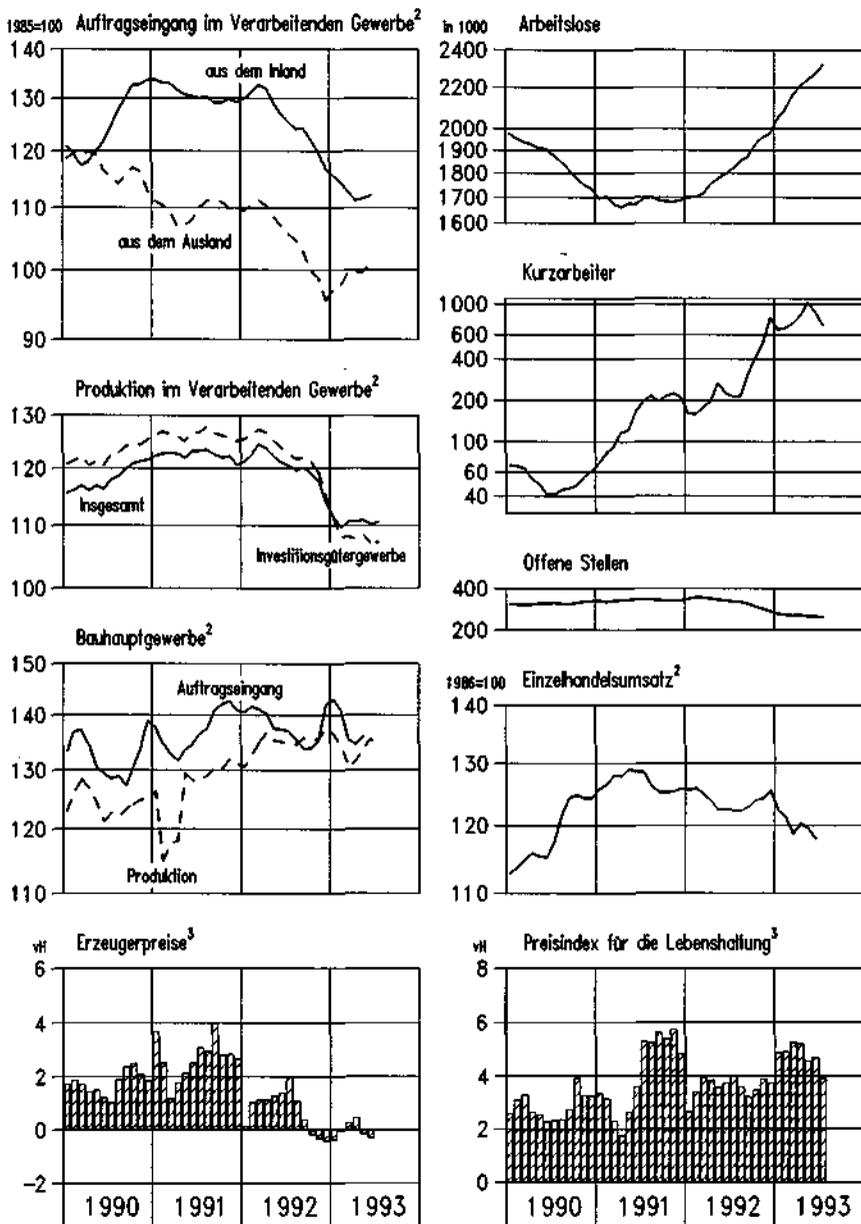
Die konjunkturelle Abwärtsbewegung der westdeutschen Wirtschaft hat sich im Frühjahr dieses Jahres spürbar verlangsamt. Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 1992/93 noch mit einer laufenden Jahresrate von 3,5 vH gesunken war, hat es im zweiten Quartal leicht zugenommen. Dazu hat vor allem beigetragen, daß die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nicht mehr abgenommen hat (Schaubild 1). Die Stabilisierungstendenz in der Industrie zeigt sich auch an der Kapazitätsauslastung; sie wurde im Juni nur geringfügig niedriger eingeschätzt als im März. Die Rezession hat deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen: die Zahl der Erwerbstätigen ist nun um knapp 600 000 geringer als bei ihrem Höchststand Mitte 1992; die Zahl der Arbeitslosen hat gegenüber ihrem konjunkturellen Tiefstand im Frühjahr 1991 sogar noch etwas stärker zugenommen. Trotz der ausgeprägten Konjunkturschwäche hat sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherebene bislang kaum zurückgebildet. Maßgeblich dafür sind vor allem die Erhöhung von Steuern und administrierten Preisen sowie der anhaltend kräftige Anstieg der Wohnungsmieten. Die Preise für Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft sind dagegen schon seit fast einem Jahr stabil.

In den neuen Bundesländern hat die wirtschaftliche Aktivität – nach der abgeschwächten Entwicklung zu Jahresbeginn – im zweiten Quartal 1993 wieder Anschluß an das mäßige Wachstumstempo im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres gefunden. Ausschlaggebend dafür war eine spürbare Belebung der Produktion im Baugewerbe, das zusammen mit den Dienstleistungen noch immer die Aufwärtsentwicklung trägt; in beiden Bereichen stützen öffentliche Aufträge und Transfers aus dem Westen die Nachfrage. Allerdings hat im Verlauf dieses Jahres auch die Industrieproduktion in der Tendenz zugenommen. Die Rezession im Westen hat die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Osten gedämpft. So sind die Lieferungen nach Westdeutschland zuletzt kaum noch gestiegen, und die westdeutschen Unternehmen weiten angesichts der ungünstigen Absatz- und Ertragsentwicklung ihre Investitionen in Ostdeutschland in diesem Jahr langsamer als im Vorjahr aus.

Auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern hat sich die Lage nicht weiter verschlechtert. Der Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe ist fast zum Stillstand gekommen (Schaubild 2). Die Zahl der Arbeitslosen blieb im bisherigen Verlauf des Jahres etwas niedriger als in der entsprechenden Vorjahresperiode, obwohl die Kurzarbeit kräftig reduziert wurde und die Zahl der Personen, die mit Hilfe von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten (berufliche Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Altersübergangs-

Schaubild 1

Indikatoren¹ zur Konjunkturlage in Westdeutschland

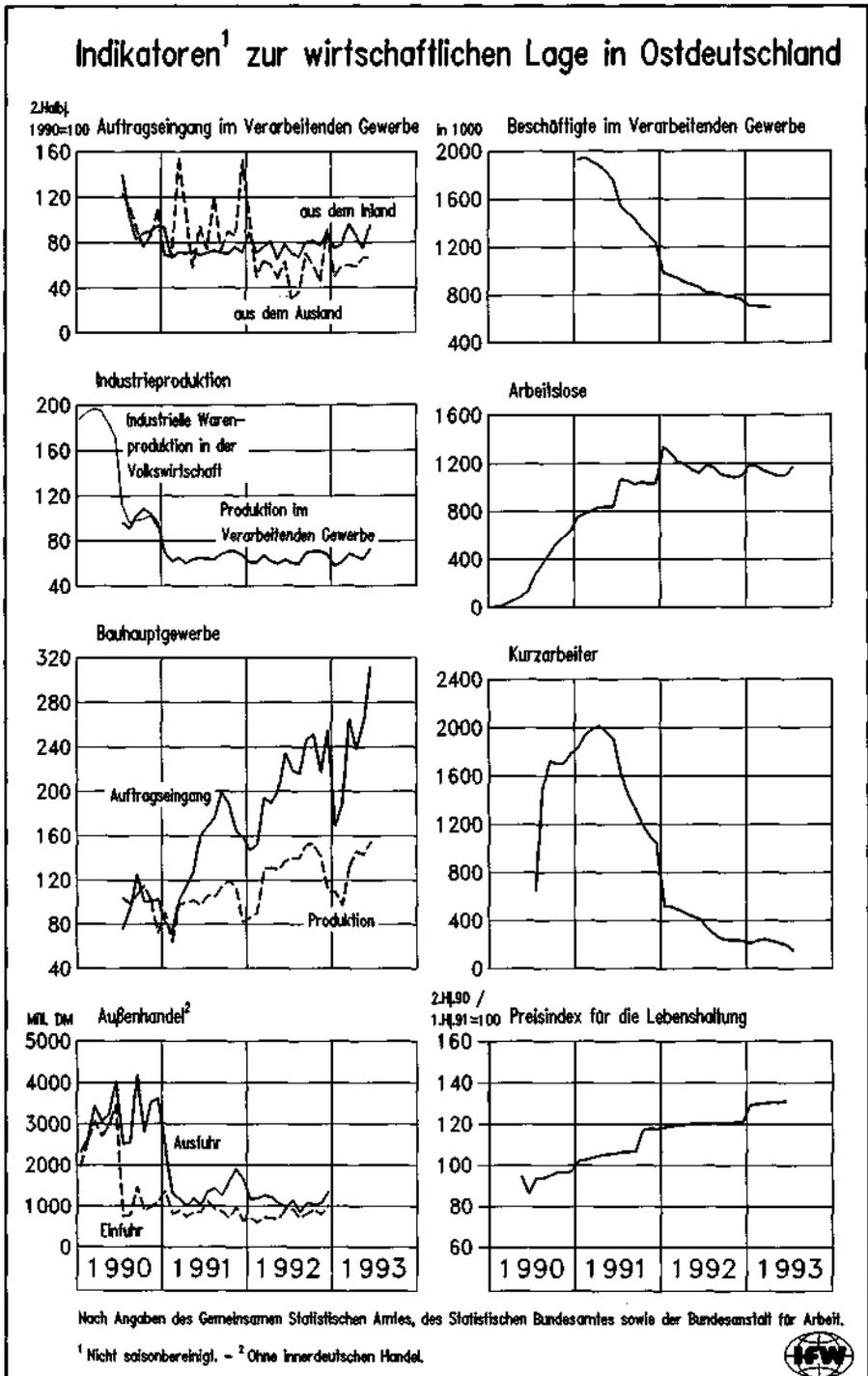


Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

¹ Saisonbereinigt. - ² Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ³ Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.



Schaubild 2



geld, Vorruhestandsgeld) vor Arbeitslosigkeit bewahrt wurden, um rund 400 000 gesunken ist. Gleichwohl besteht auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt weiterhin ein gravierendes Ungleichgewicht: Rechnet man die offene und die verdeckte Arbeitslosigkeit zusammen, dann fehlen für fast ein Drittel aller Erwerbspersonen Arbeitsplätze. Der Preisauftrieb entwickelte sich in der Grundtendenz ähnlich wie in den alten Bundesländern, hinzu kam jedoch zu Jahresbeginn eine abermalige starke Anhebung der Mieten. Im Sommer überschritten die Konsumentenpreise den Vorjahresstand um knapp 9 vH.

Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs

Nach der sehr starken Ausweitung in den Jahren 1991 und 1992 ist der Anstieg der Ausgaben des Staates im Verlauf des Jahres 1993 schwächer geworden. Die Personalausgaben nehmen langsamer zu, weil der Lohnanstieg gedrosselt und der Personalbestand nicht mehr aufgestockt wurde. Die öffentlichen Investitionen stagnieren im Westen, im Osten werden sie allerdings weiterhin kräftig ausgeweitet. Die Sozialleistungen insgesamt steigen – vor allem rezessionsbedingt – deutlich; dabei werden die Ausgaben im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik infolge der akuten Finanznot der Bundesanstalt für Arbeit verringert.

Das Steueraufkommen expandiert nur wenig, obwohl zum Jahresbeginn 1993 die Mehrwertsteuer erhöht und der Zinsabschlag (Quellensteuer auf Zinserträge) eingeführt wurde; maßgeblich dafür ist die Rezession. Das Budgetdefizit des Staates nimmt zu; es dürfte sich im Jahr 1993 (einschließlich der Defizite der verschiedenen Nebenhaushalte, aber ohne die der Bundesbahn, der Reichsbahn und der Bundespost) auf 175 Mrd. DM belaufen.

Weil sich für 1994 ein weiterer Anstieg der staatlichen Kreditaufnahme abzeichnete und weil – nach den zuvor beschlossenen massiven Steuererhöhungen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms – ein neuerliches Anziehen der Steuerschraube für konjunktur- und wachstumsschädlich gehalten wurde [BMF, 1993], hat die Bundesregierung Mitte des Jahres ein zusätzliches Sparpaket beschlossen. Insgesamt sollen 1994 brutto rund 20 Mrd. DM eingespart werden. Im einzelnen ist beabsichtigt, das Arbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld und andere Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, die Arbeitslosenhilfe, das Kindergeld, das Erziehungsgeld und die Sozialhilfe zu kürzen. Arbeitslosenhilfe wird nur noch für maximal zwei Jahre gezahlt; dies führt wohl in vielen Fällen dazu, daß die Gemeinden zusätzliche Sozialhilfeausgaben tätigen müssen. Netto, d. h. nach Berücksichtigung der wahrscheinlichen Mehrausgaben der Gemeinden für die Sozialhilfe, ergibt sich eine Kürzung der Ausgaben der Gebietskörperschaften um insgesamt rund 15 Mrd. DM. Die Subventionen werden nur wenig verringert. Die Ausgaben des Staates insgesamt dürften 1994 um 4 1/2 vH steigen (1993: 5 1/2 vH).

Einwände gegen die Ausgabenkürzungen sind auch von vielen erhoben worden, die die Rückführung des staatlichen Budgetdefizits und das Verringern des Ausgabenanstiegs grundsätzlich für richtig halten. Sie führen aber an, mit einer

Kürzung der Staatsausgaben zum jetzigen Zeitpunkt werde die Rezession unnötig verschärft und verlängert, weil es zu einem zusätzlichen Nachfrageausfall komme. Die Konsolidierung solle deshalb besser auf die Zeit verschoben werden, in der die Rezession überwunden sei und die Nachfrage insgesamt so kräftig expandiere, daß der Staat seine Ausgaben kürzen könne, ohne den Aufschwung zu gefährden. Diese Argumentation ist nicht überzeugend. Sie stellt lediglich auf die direkten Wirkungen von Kürzungen der Ausgaben ab, berücksichtigt aber wichtige Zusammenhänge nicht.

Die öffentlichen Ausgaben haben seit Ende der achtziger Jahre sehr stark zugenommen. Das Defizit im Staatshaushalt und die staatlichen Schulden sind auf ein niemals zuvor in der Nachkriegszeit gekanntes Niveau gestiegen, obwohl die Steuern und die sonstigen Abgaben sehr kräftig erhöht wurden. Die Leistungsanreize für Arbeitnehmer und das Vertrauen der Investoren in den Standort Deutschland sind fortlaufend erodiert worden.

Ein Großteil der zusätzlichen staatlichen Ausgaben ist für die Finanzierung konsumtiver Ausgaben verwendet worden. Mit den Ausgabenkürzungen wird versucht, den Anstieg dieser konsumtiven Ausgaben einzudämmen und insgesamt Vertrauen im In- und im Ausland zurückzugewinnen. Gelingt dieser Kraftakt, wenn auch inmitten der Rezession, nicht, so ist zu befürchten, daß Investoren wie Konsumenten mit fortlaufend höherer Abgabenbelastung rechnen. Dies könnte zu Nachfrageausfällen führen, die sehr viel erheblicher sind als jene, zu denen es kommt, weil der Staat beschließt, die eigenen Ausgaben nicht mehr so ungehemmt steigen zu lassen wie zuvor. Hinzu käme die Dämpfung des Wachstums auf mittlere Frist, weil der Glaube in die Handlungsfähigkeit der Politik unter schwierigen Umständen ebenso abnehme wie das Vertrauen darauf, daß die Belastung nicht dauerhaft hoch bleiben muß. Erfahrungsgemäß zeigt sich nämlich, daß staatliche Ausgaben kaum noch gekürzt werden, wenn die staatlichen Einnahmen im Zuge einer Konjunkturbelebung wieder reichlicher fließen.

Eine ähnliche Situation, in der sich viele gegen die Kürzung von Staatsausgaben mit den gleichen Argumenten wie heute wandten, hat es am Beginn der achtziger Jahre gegeben. Tatsächlich hat aber die Rückführung des Ausgabenanstieges wie ein Befreiungsschlag gewirkt. Wir meinen aus all diesen Gründen, daß der mit den beschlossenen – und noch stärkeren – Kürzungen von Ausgaben verbundene Nachfrageausfall allenfalls in geringem Maße und für einen begrenzten Zeitraum die Konjunktur dämpfen dürfte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß eine solche Dämpfung hingenommen werden, weil sonst das mittelfristige Wachstum der Wirtschaft verringert wird.

Die Arbeitsanreize werden in den Jahren 1994 und 1995 noch mehr als bisher beeinträchtigt werden. Die marginale Belastung der Arbeitseinkommen wird kräftig steigen. So wird zum Jahresbeginn 1994 der Beitragssatz zur Rentenversicherung von 17,5 vH auf voraussichtlich 19,2 vH angehoben, gleichzeitig wird mit dem Einstieg in die gesetzliche Pflegeversicherung ein Beitragssatz von 1 vH wirksam. Trotz der zu erwartenden – geringfügigen – Senkung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung wird die Gesamtbelastung durch die Sozialbeiträge deutlich zunehmen. Die Lohnsteuerbelastung erhöht sich infolge der Steuerpro-

gression, wenn auch weniger als zu Anfang der neunziger Jahre; im Jahr 1995 wird zudem der Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer wieder eingeführt.

Die Kürzung des Arbeitslosengeldes und ähnlicher Leistungen wird zur Folge haben, daß die Bereitschaft vergrößert wird, bei Arbeitslosigkeit einen Arbeitsplatz zu suchen. Auch könnte sie dazu beitragen, daß die Tarifparteien in den Lohnverhandlungen mehr als bisher berücksichtigen, daß überhöhte Abschlüsse zum Verlust von Arbeitsplätzen und zu niedrigerem Lebensstandard führen.

Anders als die Arbeitslosenunterstützung hängt die Sozialhilfe, die ebenfalls verringert werden soll, nicht von der Höhe des zuvor bezogenen Arbeitseinkommens ab. Sie führt vor allem jene in Versuchung, Arbeit nicht aufzunehmen und auf öffentliche Unterstützung zu setzen, die am Markt nur ein unterdurchschnittliches Einkommen erwirtschaften können. Wäre es bei den Einsparmaßnahmen geblieben, die im Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms [Bundratsdrucksache, 1993] enthalten sind, so hätte der Regelsatz der Sozialhilfe in den Jahren 1994 und 1995 vermutlich stärker als der durchschnittliche Nettolohn zugenommen [Boss, 1993]. Dies hätte zur Folge gehabt, daß der relative Abstand zu den Nettolöhnen (einschließlich potentieller Transfers wie z. B. Kindergeld) nochmals merklich verringert worden wäre. Das zusätzliche Sparpaket der Bundesregierung vom 11. August 1993 sieht – wohl auch deshalb – vor, den Regelsatz zum 01.07.1994 nicht zu erhöhen und die Anhebung zum 01.07.1995 auf maximal den Anstieg des durchschnittlichen Nettolohns zu begrenzen. Mit dieser Maßnahme wird bei der absehbaren Nettolohnentwicklung vermutlich aber nicht verhindert, daß sich der im Jahr 1993 bestehende Abstand zwischen Nettolohn und Sozialhilfeleistungen weiter verringert.

Im Urteil der Bundesregierung hat sich die relative Wettbewerbsposition Deutschlands, was die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen betrifft, in den vergangenen Jahren verschlechtert. Sie hat deshalb im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes Maßnahmen durchgesetzt, die zur Stärkung des Standorts Bundesrepublik Deutschland beitragen sollen. Der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne und die Steuerbelastung der Gewinne, die Kapitalgesellschaften an ausländische Anteilseigner (Muttergesellschaften oder Streubesitzer) ausschütten, werden gesenkt. Zudem wird die Belastung gewerblicher Einkünfte durch die Einkommensteuer gemildert. Die Investitionstätigkeit in Ostdeutschland wird durch die Nichterhebung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer auch im Jahre 1995 sowie durch die Verlängerung der Möglichkeit, Sonderabschreibungen bei Investitionen in den neuen Bundesländern vorzunehmen, gefördert. Gleichzeitig wird jedoch durch die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgebäude die Standortqualität – für sich genommen – verschlechtert.

Der insgesamt wohl positive Effekt des Standortsicherungsgesetzes auf die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik Deutschland wird jedoch dadurch in Frage gestellt, daß zum Jahresbeginn 1995 der Solidaritätszuschlag wieder eingeführt wird und daß potentielle Investoren – vermutlich zu Recht – erwarten, daß dieser nicht nur für eine kurze Zeit erhoben wird. Allerdings werden die veränderten Abschreibungsregelungen bewirken, daß gewerbliche Bauinvestitionen in die Jahre 1993 und 1994 vorgezogen werden.

Hohe Sockelarbeitslosigkeit als Herausforderung für die Lohnpolitik

Nachdem in Westdeutschland 1992 die tariflichen Stundenlöhne trotz der konjunkturellen Abschwächung um nahezu 6 vH angehoben worden waren, kam es in der ersten Hälfte dieses Jahres zu Korrekturen in der Lohnpolitik. Unter dem Eindruck der ausgeprägten Rezession vereinbarten die Tarifvertragsparteien im Durchschnitt Barloohnerhöhungen von knapp 3,5 vH. Da insbesondere in der Metall- und in der chemischen Industrie gleichzeitig die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzt wurde, dürften die tariflichen Stundenlöhne 1993 um rund 4 vH über dem Niveau im Vorjahr liegen.

Schon jetzt ist erkennbar, daß sich die Tarifvertragsparteien für das kommende Jahr wegen der stark steigenden Arbeitslosigkeit auf niedrigere Abschlüsse einstimmen. Außerdem erwägen die öffentlichen Arbeitgeber, die Bezüge der Beamten nicht anzuheben; dies setzt Signale für niedrige Tarifabschlüsse. Dämpfend auf die Lohnerhöhungen dürfte schließlich wirken, daß die Inflationsrate im zweiten Halbjahr 1993 etwas zurückgehen wird. Andererseits werden die Arbeitnehmer deutlich mehr mit Abgaben belastet; so nehmen im kommenden Jahr die Beitragsätze zu dem System der sozialen Sicherung (einschließlich der neuen gesetzlichen Pflegeversicherung) um etwa 2,5 Prozentpunkte zu, jeweils zur Hälfte für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir haben unterstellt, daß in der kommenden Tarifrunde Barlohnanhebungen von 2 bis 2,5 vH vereinbart werden. Die Bruttoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer, die die Sozialbeiträge der Unternehmen einschließen, dürften 1994 in Westdeutschland mit rund 3 vH etwas stärker zunehmen als das Nettoinlandsprodukt.

Bei den hier unterstellten Abschlüssen werden die Tarifvertragsparteien im kommenden Jahr keinen Beitrag zu der dringend gebotenen Steigerung der Beschäftigung leisten. Ein solcher Beitrag würde erfordern, daß der Anstieg der Löhne und Lohnnebenkosten je Beschäftigten im Durchschnitt deutlich hinter dem Anstieg des Nettoinlandsprodukts zurückbleibt [Lehment, 1991; 1993]. Die Tariflöhne sollten eigentlich über einige Jahre nicht erhöht werden, um eine nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erlauben. Niedrige Tarifabschlüssen würden eine stärkere marktmäßige Differenzierung der effektiv gezahlten Löhne erleichtern. Die Löhne für besonders qualifizierte und knappe Arbeitskräfte könnten dabei rascher steigen; für andere Arbeitskräfte zahlte sich die Strategie der Lohnzurückhaltung aus, weil es dann lohnender wird, ihre Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Zu befürchten ist, daß – wie nach den beiden zurückliegenden Rezessionen vor Mitte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre – auch jetzt nach dem Einsetzen eines Aufschwungs die Arbeitslosigkeit auf einem neuerlich höheren Sockel verharret. Eine Ursache für den Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit liegt darin, daß die berufliche Qualifikation während der Zeit der Arbeitslosigkeit teilweise entwertet wird. Erwerbsspersonen, die längere Zeit ohne Arbeit sind, büßen an Qualifikation ein, nehmen an der Qualifikation am Arbeitsplatz nicht teil, die die Beschäftigten erfahren, und finden daher zu den herrschenden Tariflöhnen nur schwer eine Beschäftigung. Wichtig ist deshalb, einen Anstieg

der Arbeitslosigkeit überhaupt zu vermeiden. In der jetzigen Rezession ist dieser nicht mehr zu verhindern. Die Tarifvertragsparteien sollten die Möglichkeit schaffen, Arbeitslose zu untertariflichen Löhnen einzustellen und so deren Reintegration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Gegenüber einer staatlich subventionierten Beschäftigung im Rahmen des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes haben Einsteigertarife unter anderem den Vorteil, daß die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer entsprechend den Qualifikationserfordernissen des Marktes aufgebaut wird; daraus ergibt sich für die Beschäftigten auch die Aussicht auf steigende Löhne.

In Ostdeutschland sind die Stundenlöhne 1992 gegenüber dem Niveau im Vorjahr um nahezu ein Drittel gestiegen. Im Frühjahr dieses Jahres verständigten sich die Vertragsparteien der Stahlindustrie sowie der Metall- und Elektroindustrie darauf, die ostdeutschen Tariflöhne dem Niveau in Westdeutschland nicht bis 1994, sondern erst bis 1996 vollständig anzugleichen. Trotz der Streikung ergibt sich für den Anstieg der tariflichen Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft im laufenden Jahr eine Rate von 17 vH; für 1994 rechnen wir mit einer Erhöhung um rund 10 vH.

Da die Lohnangleichung an das Westniveau nur aufgeschoben und nicht aufgehoben wurde, bleibt der Lohnkostendruck für die Unternehmen auch in Zukunft hoch. Sie dürften vielfach gezwungen sein, die Zahl ihrer Beschäftigten weiter zu reduzieren. Um den Beschäftigungsabbau zu verringern und das Schaffen neuer Arbeitsplätze zu erleichtern, sollten die Tarifvertragsparteien auf die Lohnangleichung verzichten. Damit signalisierten sie auch, daß Investoren nicht mit der baldigen Angleichung der übrigen Arbeitsbedingungen an das westdeutsche Niveau rechnen müssen, also beispielsweise der Urlaubs- und Arbeitszeiten und der Sonderzahlungen. Eine nachhaltige Differenzierung der tariflichen Löhne und Arbeitsbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland ist solange angezeigt, bis in Ostdeutschland genügend neue Arbeitsplätze entstanden sind. Freilich würde sich auch hier ergeben, daß im einzelnen sehr viel höhere Löhne gezahlt werden müßten als tariflich vereinbart, beispielsweise um besonders qualifizierte Arbeitskräfte zu halten oder zu gewinnen.

Zinsstruktur normalisiert sich

Seit September vergangenen Jahres hat die Bundesbank ihre Leitzinsen in mehreren Schritten um insgesamt 2 Prozentpunkte gesenkt. Die Geldmarktzinsen haben sich sogar um rund 3 Prozentpunkte ermäßigt. Mit den Zinssenkungen wollte die Bundesbank vor allem die bestehenden Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS) verringern. Die D-Mark stand in diesem Zeitraum gegenüber anderen EWS-Währungen fast ständig unter Aufwertungsdruck, und es kam zu beträchtlichen Devisenzuflüssen bei der Bundesbank. Ende Juli sind die Bandbreiten der meisten EWS-Währungen auf ± 15 vH ausgeweitet worden, seither kann die Bundesbank ihre Geldpolitik wieder autonom ausrichten.

Trotz der beträchtlichen Senkungen der kurzfristigen Zinsen hat sich die inverse Zinsstruktur jedoch nicht vollständig zurückgebildet. Die Zinsen für

Dreimonatsgeld sind gegenwärtig noch um knapp einen halben Prozentpunkt höher als die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere, denn letztere hat sich ebenfalls ermäßigt. In der Vergangenheit ist es erst dann zu einer Konjunkturbelebung gekommen, wenn die inverse Zinsstruktur sich zuvor zurückgebildet hatte [Krämer, Langfeldt, 1993, S. 34 ff.]. Im langjährigen Durchschnitt lagen die kurzfristigen Zinsen sogar um rund einen Prozentpunkt unter den langfristigen. Die Bundesbank zögert gegenwärtig, ihre Zinsen weiter zu senken. Sie verweist insbesondere darauf, daß die Geldmenge M3 derzeit etwas oberhalb des angestrebten Zielkorridors von 4,5 bis 6,5 vH expandiert und somit Preissteigerungsgefahren bestehen, zumal die aktuelle Preissteigerungsrate noch hoch ist.

Die gegenwärtig rasche Expansion der Geldmenge M3 ist zum Teil das Ergebnis von Sonderfaktoren, die allmählich an Bedeutung verlieren werden. So dürften Aufwertungserwartungen für die D-Mark im Vorfeld der jüngsten Turbulenzen im EWS die Sicht- und Termineinlagen der Unternehmen erhöht haben, weil Ausländer ihre Verbindlichkeiten vorzeitig getilgt bzw. Inländer ihre Zahlungen an das Ausland hinausgeschoben haben. Mit dem Abklingen der Aufwertungserwartungen für die D-Mark dürften sich die Zahlungsströme allmählich wieder normalisieren. Zu der gegenwärtig außerordentlich kräftigen Expansion der kurzfristigen Termineinlagen trägt vermutlich auch der Attentismus von Unternehmen und Haushalten infolge der Unsicherheit über den Fortgang der Konjunktur bei, zumal die Zinsen für Termineinlagen noch immer oberhalb derer auf dem Kapitalmarkt liegen und weitere Kurssteigerungen auf dem Kapitalmarkt inzwischen wohl als gering angesehen werden. Wir erwarten, daß die Ausweitung der Geldmenge sich allmählich auf eine Rate verringert, die den Zielvorstellungen der Bundesbank entspricht.

Vermutlich wird die Bundesbank die Inflationsgefahren künftig geringer einschätzen. Mit der voraussichtlich deutlichen Verringerung des Anstiegstempes bei den Tariflöhnen wird sich insbesondere der noch hohe Preisauftrieb bei den Dienstleistungen zurückbilden. Hinzu kommen die Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen zur Minderung des Kostendrucks und die Dämpfung des Preisanstiegs von der Nachfrageseite. Mit dem im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms angekündigten staatlichen Ausgabenkürzungen wird zudem die Gefahr weiterer, über das bislang bekannte Maß hinausgehender, preisniveauerhöhender Steuer- und Sozialabgabensteigerungen geringer. Aus diesen Gründen wird die Bundesbank für 1994 ein ähnliches Ziel für die Geldmengenausweitung wie in diesem Jahr für angemessen halten. Nach unserer Auffassung wäre sogar ein etwas großzügigeres Ziel zu vertreten, weil die trendmäßige Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit offenbar sogar stärker ist als von der Bundesbank mit dem Zuschlag von 0,5 vH unterstellt.

Für die vorliegende Prognose haben wir entsprechend angenommen, daß die Notenbank die kurzfristigen Zinsen weiter herabsetzt; bis Ende 1994 dürften sie auf rund 4,5 vH zurückgegangen sein. Die langfristigen Zinsen werden sich dagegen kaum noch verringern. Die Zinsdifferenz wird vermutlich noch im vierten Quartal dieses Jahres einen positiven Wert annehmen. Erfahrungsgemäß dauert es etwa vier Quartale, bis eine deutliche Verringerung der inversen Zinsstruktur bzw. eine Zunahme der positiven Zinsdifferenz die Binnennach-

frage anregt. Die Anfang dieses Jahres begonnene Lockerung der Geldpolitik wird somit im kommenden Jahr zu einer allmählichen Belebung der Binnen- nachfrage beitragen.

Westdeutschland: Verhaltener Produktionsanstieg im Jahr 1994

Die Konjunkturindikatoren lassen erwarten, daß es bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht nochmals einen Rückschlag gibt. Der Rückgang der Auftragsgänge im Verarbeitenden Gewerbe ist zum Stillstand gekommen, das Geschäftsklima hat sich leicht verbessert. Inzwischen ist wohl auch die Anpassung der Produktion an die gesunkene Nachfrage abgeschlossen; nachdem die Fertigwarenbestände (in Produktionswochen gemessen) bis zum Frühjahr kontinuierlich zugenommen hatten, sind sie seither leicht zurückgegangen. Insgesamt ist die Verbesserung der Konjunkturindikatoren jedoch noch zu schwach, um daraus bereits auf einen sichtbaren Produktionsanstieg noch in diesem Jahr schließen zu können. Dies entspräche auch nicht dem Kurs der Geldpolitik, von dem in diesem Jahr noch dämpfende Wirkungen ausgehen. Im Durchschnitt des Jahres wird das reale Bruttoinlandsprodukt wohl um reichlich 2 vH niedriger sein als im Vorjahr (Tabelle 1).

Nach unserer Einschätzung befindet sich die westdeutsche Wirtschaft gegenwärtig inmitten des Prozesses, in dem sich die Konjunktur wendet. Wie üblich haben die Unternehmen auch in der jetzigen Rezession beträchtliche Anstrengungen unternommen, die Organisation zu durchforsten, die Produktions-

Tabelle 1 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1993–1994

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1993	1994	1993	1994	1993	1994
Bruttoinlandsprodukt ¹	-2,0	1,0	5,0	7,0	-2,0	1,5
Erwerbstätige ² (1 000)	28 960	28 440	6 050	5 980	35 010	34 420
Beschäftigte Arbeitnehmer ² (1 000) ..	25 910	25 380	5 470	5 410	31 380	30 790
Arbeitslose (1 000)	2 280	2 750	1 180	1 180	3 460	3 930
Arbeitslosenquote ³	7,3	8,8	16,4	16,5	9,0	10,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁴ (Mrd. DM)	-175	-165
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-50	-45
Verbraucherpreise ⁵	4,0	3,0	9,0	4,5	4,5	3,5

¹ In konstanten Preisen, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH, auf halbe Prozentpunkte gerundet. – ² Im Inland. – ³ Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen. – ⁴ Einschließlich Treuhandanstalt; in der Abgrenzung der Finanzstatistik. – ⁵ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; eigenen Schätzungen.

abläufe zu rationalisieren, die Fertigung schlanker zu machen und die Kosten zu senken. Diese Maßnahmen bewirken, daß die Rentabilitätsschwelle der Unternehmen schon bei einem niedrigeren Kapazitätsauslastungsgrad erreicht wird. Dadurch wird es den Unternehmen möglich, die Preise zu senken und schließlich den Absatz zu erhöhen. Gesamtwirtschaftlich führen die Preissenkungen bei gegebener nominaler Geldmenge und damit gegebenen nominalen Ausgaben von Haushalten und Unternehmen zu einer rascheren Ausweitung der realen Geldmenge und damit der realen Gesamtnachfrage. Typisch für den so eingeleiteten klassischen Konjunkturaufschwung in Deutschland ist, daß sich wegen der verbesserten Ertrags- und Absatzerwartungen zuerst die Unternehmensinvestitionen beleben. Entgegen einem weit verbreiteten Urteil ist – wie die Erfahrung gezeigt hat – eine Belebung der Exporte keine Voraussetzung für einen Konjunkturaufschwung. Die meisten westeuropäischen Zentralbanken haben sich aus wechselkurspolitischen Gründen sehr eng am Kurs der Geldpolitik der Bundesbank orientiert. Die konjunkturelle Belebung auf den wichtigsten deutschen Exportmärkten dürfte daher nicht mit einem Vorlauf, sondern eher im Gleichschritt mit der konjunkturellen Erholung in Deutschland erfolgen [Krämer, 1993].

Zwar ist für das erste Quartal des kommenden Jahres noch kein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. Zu Beginn des Jahres treten die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossenen Steuer- und Abgabenerhöhungen in Kraft. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist jedoch mit einer stetigen – wenn auch verglichen mit früheren Aufschwungsphasen mäßigen – Aufwärtsentwicklung zu rechnen. Die dämpfenden Wirkungen von seiten der Finanzpolitik dürften dann aber mehr und mehr von den anregenden Wirkungen, die von der Lockerung der Geldpolitik und der konjunkturellen Belebung im Ausland ausgehen, übertroffen werden. In der zweiten Hälfte des kommenden Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung erstmalig seit Anfang 1991 wieder steigen. Im Durchschnitt des Jahres 1994 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion gleichwohl das Vorjahresniveau um reichlich 1 vH übertreffen.

Die Unternehmensinvestitionen werden in diesem Jahr deutlich zurückgehen. Im nächsten Jahr gibt es jedoch Chancen für einen moderaten Aufschwung. Die Unternehmen haben kräftig rationalisiert; nach Befragungen dienen 40 vH der geplanten Investitionen der Rationalisierung, und die Zahl der Beschäftigten wurde deutlich reduziert. Auch durch die niedrigeren Lohnabschlüsse werden die Unternehmen von der Kostenseite her entlastet. Anregend auf die Investitionstätigkeit im kommenden Jahr wird sich auch der geldpolitische Kurswechsel auswirken. Sinkende Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt erhöhen die Attraktivität von Sachanlagen im Verhältnis zu Finanzanlagen. Mit dem von uns erwarteten Sinken der Geldmarkt- unter die Kapitalmarktzinsen werden die Unternehmen zudem mehr und mehr ihre abwartende Haltung aufgeben. Zwar wird ein Großteil der Investitionen langfristig finanziert; aber gerade jene Investitionen, die ohne große Not aufgeschoben werden können und deshalb konjunkturell besonders stark schwanken, reagieren sensibel auf das Niveau der Geldmarktzinsen.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen wird es im Prognosezeitraum wegen der angespannten Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden zu einem Rückgang kommen. Allein von den Wohnungsbauinvestitionen gehen in beiden Jahren positive Wirkungen auf die Konjunktur aus. Wie die anhaltend hohen Mietpreissteigerungen zeigen, herrscht bei Mietwohnungen noch immer ausgeprägter Mangel. Impulse dürften auch von den sinkenden Zinsen ausgehen. Dies gilt auch für den Eigenheimbau; freilich wirken hier der Rückgang der Realeinkommen und die erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit dämpfend. Die Ausweitung der Bautätigkeit bei Ein- und Zweifamilienhäusern dürfte daher hinter der bei Mehrfamilienhäusern zurückbleiben.

Die westdeutschen Warenexporte sind in der ersten Jahreshälfte 1993 in der Tendenz weiter zurückgegangen.¹ Ursächlich hierfür war die rezessive Entwicklung in den europäischen Handelspartnerländern, die reichlich 70 vH der westdeutschen Warenlieferungen aufnehmen. Mittlerweile dürften die Ausfuhren ihren Tiefpunkt durchschritten haben, und es gibt erste Anzeichen für eine zaghafte Erholung im weiteren Jahresverlauf. So haben die Auftragseingänge aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe seit der Jahreswende leicht zugenommen. Insbesondere die Hersteller von Investitions- und von Produktionsgütern, die nicht zuletzt als Folge der schwachen Binnenkonjunktur ihre Absatzbemühungen auf ausländischen Märkten spürbar verstärkt haben, verzeichneten mehr Bestellungen aus dem Ausland. Nachfrageimpulse dürften dabei von den Vereinigten Staaten, Kanada und dem Vereinigten Königreich, aber auch von den insgesamt expandierenden Ländern im asiatisch-pazifischen Raum, in die mittlerweile reichlich 8 vH der westdeutschen Ausfuhren geliefert werden, ausgegangen sein. Auch die Bestellungen der osteuropäischen Reformländer bei westdeutschen Unternehmen haben weiter zugenommen.

Die Exporte insgesamt werden sich nur zögerlich erholen, insbesondere die in die für Deutschland dominanten westeuropäischen Länder. Hier lassen die rezessiven Einflüsse nur allmählich nach. Erfahrungsgemäß ist die Konjunktur im Ausland wichtiger als es Änderungen des Wechselkurses der D-Mark sind, und deshalb kommt der Aufwertung der D-Mark gegenüber Währungen der am EWS beteiligten Länder nicht die Bedeutung zu, die ihr häufig beigemessen wird. Außerdem haben sich der US-Dollar und der Yen gegenüber dem Stand zu Ende des vergangenen Jahres merklich aufgewertet.

Wir rechnen damit, daß die meisten europäischen Länder ihre Zinsen schrittweise und vorsichtig senken werden, um eine deutliche Abwertung ihrer Währungen zu vermeiden. Das wird die Konjunktur dort beleben. Alles in allem werden die westdeutschen Exporte 1993 das Vorjahresniveau deutlich unterschreiten. Erst für das nächste Jahr ist als Folge der Belebung der Weltkonjunktur mit einer merklichen Kräftigung der Ausfuhren zu rechnen.

¹ Die Beurteilung der Außenhandelsentwicklung wird seit Beginn dieses Jahres spürbar erschwert. Die Angaben über die Warenströme, die bislang durch Zollerklärungen statistisch erfaßt wurden, werden nunmehr durch Erhebungen bei den aus- und einführenden Unternehmen gewonnen. Infolge der hierbei auftretenden Anlaufschwierigkeiten sah sich das Statistische Bundesamt bislang nicht in der Lage, detaillierte Angaben über den west- und ostdeutschen Spezialhandel zu liefern.

Die Einfuhren, die zu Beginn dieses Jahres deutlich gesunken sind, werden im Zuge der schwachen Binnenkonjunktur im weiteren Jahresverlauf wohl stagnieren. Sie werden allerdings mit der Belegung der heimischen Produktion im kommenden Jahr wieder anziehen. Dann sind von Deutschland auch spürbare Konjunkturimpulse für die Handelspartnerländer zu erwarten. Die Importpreise werden wohl nur mäßig steigen. Dabei dürfte der Anstieg, der aus höheren Rohstoffpreisen sowie der Aufwertung des US-Dollar resultiert, durch die Schwäche der meisten europäischen Währungen gegenüber der D-Mark gedämpft werden.

Der private Verbrauch wird sowohl in diesem wie im kommenden Jahr abnehmen. Maßgeblich dafür ist der deutliche Rückgang des verfügbaren Realinkommens der privaten Haushalte. Sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr sinkt die Zahl der Beschäftigten, die Tariflohnsteigerungen werden den Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht kompensieren, zusätzlich werden weitere Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen wirksam.

Bei bis weit in das kommende Jahr zurückgehender Kapazitätsauslastung und anhaltenden Rationalisierungsbemühungen dürfte die Zahl der Erwerbstätigen sowohl 1993 als auch 1994 um jeweils rund eine halbe Million zurückgehen. Die Unternehmen dehnen die Beschäftigung erfahrungsgemäß erst dann aus, wenn sich die Konjunktur deutlich belebt; wir rechnen damit, daß die Abnahme der Arbeitskräftenachfrage gegen Ende des kommenden Jahres zum Stillstand kommt. Das Arbeitsangebot wird in diesem Jahr vor allem wegen Zuwanderung von Arbeitskräften um rund 300 000 zunehmen (1992: + 340 000); 1994 fällt der Zuwachs etwas geringer aus. Die Verringerung der Zahl der Beschäftigten sowie die Zunahme des Arbeitsangebots werden sich nicht voll in einem Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit niederschlagen. 1993 und 1994 dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahresvergleich um jeweils rund 475 000 zunehmen. Mit saisonbereinigt 2,8 Millionen wird die Erwerbslosigkeit gegen Ende des kommenden Jahres ihren Höchststand erreichen.

Der Preisauftrieb wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres etwas abschwächen, niedrigere Tariflohnsteigerungen und sinkende Nachfrage lassen insbesondere bei den privaten Dienstleistungen eine geringe Verteuerung erwarten. Zu Beginn des kommenden Jahres wird das Verbraucherpreisniveau abermals durch fiskalische Maßnahmen steigen. Allein die Anhebung der Mineralölsteuer erhöht die Preissteigerungsrate um rund einen halben Prozentpunkt. Für das Jahr 1993 ist gegenüber dem Vorjahr mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um rund 4 vH zu rechnen, 1994 wird er reichlich 3 vH betragen.

Ostdeutschland: Weiterhin nur mäßige Aufwärtstendenz

In den neuen Bundesländern gibt es im dritten Jahr nach der Vereinigung durchaus sichtbare Fortschritte bei der Umgestaltung der Wirtschaft. Die umfangreichen öffentlichen Investitionen haben die Infrastruktur beträchtlich verbessert. Die rasche Privatisierung durch die Treuhandanstalt hat erhebliche private Investitionen ausgelöst. Viele Produktionsstätten wurden zusätzlich errichtet, und Existenzgründer haben zahlreiche neue Unternehmen geschaffen.

Dennoch bedeutet dies keine Entwarnung für die ostdeutsche Wirtschaft. So ist zwar das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern in der Tendenz seit der Mitte des Jahres 1991 gestiegen. Die Zunahme beruht aber maßgeblich auf den umfangreichen öffentlichen Transfers von West nach Ost. Fielen diese Transfers fort, dann würde sowohl ein großer Teil der öffentlichen Nachfrage als auch der Nachfrage der privaten Haushalte zusammenbrechen, auf die die Expansion in der Bauwirtschaft, in baunahen Bereichen und in den Dienstleistungen zurückgeht. Die privaten Investitionen in Ostdeutschland werden entscheidend durch die verschiedenen vor allem vom Bund finanzierten Förderprogramme angeregt. Wie schlecht es um die Konstitution der Wirtschaft noch steht, wird auch daran deutlich, daß die Transfers von West nach Ost in erheblichem Maße in Westdeutschland und in anderen Ländern produktionswirksam werden. So überstieg die ostdeutsche inländische Nachfrage von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat die inländische Produktion im zurückliegenden Jahr um etwa das Doppelte; offenbar waren die ostdeutschen Unternehmen nicht in der Lage, ein Angebot zu erbringen, das der Nachfrage entsprach.

Dies geht im wesentlichen darauf zurück, daß es nicht genügend ostdeutsche Industrieunternehmen und -produkte gibt, die – bei allen Erfolgen in Einzelbereichen – im Wettbewerb bestehen können. Die ostdeutsche Industrie ist bereits dramatisch geschrumpft. Vergleiche mit früheren Angaben für Produktion und Beschäftigung sind aus verschiedenen Gründen problematisch. Gleichwohl dürfte man wohl einigermaßen richtig liegen, wenn man das gegenwärtige industrielle Produktionsniveau in den neuen Bundesländern nur noch auf etwa ein Viertel bis ein Drittel des Niveaus veranschlagt, das es 1989 in der DDR gab. Damals betrug die Zahl der in der Industrie Beschäftigten je 1000 Einwohner ungefähr 200, wobei allerdings viele Arbeitskräfte mitgerechnet sind, die in eigentlich betriebsfremden Einrichtungen wie Kindergärten oder Bau- und Reparaturkolonnen beschäftigt waren, also Einrichtungen, die in Westdeutschland aus den Betrieben ausgegliedert sind und nicht zur Industrie zählen. Bezeichnend ist aber, daß es in Ostdeutschland gegenwärtig – bei insgesamt wohl nur noch 700 000 Industriebeschäftigten – je 1000 Einwohner etwa 45 Industriebeschäftigte geben dürfte, in Westdeutschland dagegen 103. Der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an allen Beschäftigten beträgt nur noch ein Viertel, verglichen mit knapp einem Drittel im Westen. Dabei werden noch immer viele Arbeitsplätze durch Subventionen der Treuhandanstalt erhalten; Treuhandbetriebe wie privatisierte Unternehmen dürften weiterhin Arbeitskräfte freisetzen.

Zwar ist ein kräftiges Schrumpfen der ostdeutschen Industrie im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation unumgänglich gewesen. Bedenklich sind aber die Tiefe des Niederganges und vor allem das Fehlen von Anzeichen für einen raschen Neuaufbau auf breiter Basis. Ausschlaggebend sind die starken Lohnsteigerungen. Zwar zeichnet sich nach der Revision der Stufentarifverträge – die Angleichung der Löhne an das Tarifniveau im Westen wurde um zwei Jahre hinausgeschoben und soll nun 1996 erfolgen – für das kommende Jahr erstmalig eine Stabilisierung der Lohnstückkosten ab. Das Lohnniveau in der ostdeutschen Industrie – in der Gesamtwirtschaft sind die Verhältnisse kaum anders – wird im Vergleich zum Produktivitätsniveau jedoch fast doppelt so

hoch wie in der Industrie Westdeutschlands bleiben. Dabei macht die Mehrzahl aller Unternehmen Verluste. Sie werden ihre Rationalisierungsbemühungen fortsetzen, zumal sie damit rechnen müssen, daß das Lohnniveau weiterhin stark steigt und daß bald wohl auch die Angleichung der sonstigen Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeit oder Länge des Urlaubs und anderer Zahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld an die westdeutschen Bedingungen durchgesetzt wird. Ferner zeichnet sich nicht ab, daß es zu einer solchen Lohndifferenzierung nach Branchen, Regionen und Qualifikation der Arbeitskräfte kommt, wie sie angesichts der starken Unterschiede in der Leistungskraft und Leistungsfähigkeit erforderlich wäre. Von der bei den jüngsten Tarifabschlüssen vereinbarten Härterege- lung wird bisher kaum Gebrauch gemacht. Unter diesen Umständen ist auch erklärlich, warum mit den Investitionen in neue Anlagen vergleichsweise wenige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Um einer weiteren Deindustrialisierung entgegenzuwirken, wird die Forderung erhoben, der Staat solle durch gezielte Förderung die industriellen Kerne in Ostdeutschland erhalten. Insbesondere solle verhindert werden, daß durch Privatisierung oder Schließung von Unternehmen weitere der noch 300 000 Arbeitnehmer bei Treuhandbetrieben arbeitslos werden. Als Begründung wird auf das große Gewicht dieser Unternehmen für die regionalen Arbeitsmärkte sowie als regionale wirtschaftliche Kristallisationskerne verwiesen. Die genannten Begründungen sind jedoch aus mehreren Gründen fragwürdig [Klodt, Paqué, 1993, S. 11 ff.]. So entwickeln sich die privatisierten Unternehmen weit- aus positiver als die Treuhandunternehmen, stehen sie doch unter einem stärkeren marktwirtschaftlichen Anpassungsdruck. Viele der verbliebenen Treuhand- betriebe sind zudem in wachstumsschwachen Krisenbranchen angesiedelt. Außerdem haben Erfahrungen in den alten Bundesländern gezeigt, daß aus strukturpolitischen Gründen erhaltene Branchen und Großunternehmen sich häufig als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region erwiesen haben, da sie Ressourcen (qualifizierte Arbeitskräfte, attraktive Gewerbeflächen) binden. Dabei waren die Bedingungen in Westdeutschland sogar noch besser als sie es jetzt in Ostdeutschland sind. Immerhin hatten die Branchen marktgängige Produkte, nur produzierten sie zu teuer, und mit den Subventionen wurden sie in die Lage versetzt, sich Nachfrage zu erkaufen. In Ostdeutschland fehlt es aber an solchen Produkten. Die Konzentration auf bestehende Großunternehmen trägt ferner der Bedeutung, die kleine und mittlere Unternehmen für das regio- nale Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze haben, nicht genügend Rechnung.

Vermutlich wird gegenwärtig in den neuen Bundesländern die wirtschaft- liche Dynamik und die Beschäftigungsentwicklung tendenziell unterschätzt, weil nur Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten statistisch erfaßt werden. Gemäß einer Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks stieg die Beschäftigung im Handwerk seit Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von rund 400 000 auf 850 000, die amtliche Stati- stik weist jedoch nur eine Zunahme auf 560 000 Arbeitskräfte aus. Freilich ändert dies an der dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland nichts Grundsätzliches. Statt mit hohem Kostenaufwand den Erhalt von bestehenden

Arbeitsplätzen sichern zu wollen – nach Angaben der Treuhandanstalt sind die Kosten für den Erhalt von Arbeitsplätzen in ihren Betrieben rasant gestiegen –, sollte sich die Wirtschaftspolitik darauf konzentrieren, günstige allgemeine Investitionsbedingungen zu schaffen. Dazu gehört insbesondere der rasche Ausbau des Telekommunikations- und Verkehrssystems und einer leistungsfähigen Verwaltung.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr wird sich die Aufwärtsbewegung der ostdeutschen Wirtschaft fortsetzen. Stützend wirken vor allem die kräftige Ausweitung der Bauproduktion sowie die Expansion des Dienstleistungssektors. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 5 vH höher ausfallen als im Vorjahr, für 1994 ist mit einem Zuwachs von 7 vH zu rechnen. Der leicht verstärkte Produktionsanstieg im kommenden Jahr ist vor allem darin begründet, daß die vorgenommenen Investitionen nunmehr zunehmend produktionswirksam werden. Hinzu kommt, daß sich mit der Belebung der Konjunktur in Westdeutschland und in Westeuropa die Absatzchancen ostdeutscher Produzenten etwas verbessern. Die Unterschiede im Tempo des Preisauftriebs zwischen Ost und West haben ihre Ursache vor allem im allmählichen Abbau der Mietsubventionen in den neuen Bundesländern. Die Mietanpassungen im kommenden Jahr werden geringer als in diesem ausfallen; die Zunahme der Verbraucherpreise wird daher mit einer Rate von 4,5 vH deutlich niedriger sein als 1993 (knapp 9 vH) und sich der Rate im Westen annähern.

Die Zuwächse bei den Anlageinvestitionen werden 1993 und 1994 geringer ausfallen als im Jahr 1992 (24 vH), sie bleiben aber trotzdem hoch. Umfragen signalisieren bei den Investitionen westdeutscher Unternehmen eine deutliche Verlangsamung der Dynamik. Die Investitionen der Treuhandunternehmen werden insgesamt sogar rückläufig sein. Dies liegt jedoch ausschließlich daran, daß die Zahl der Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt abnimmt; pro Beschäftigten gerechnet werden die Treuhandunternehmen ihre Investitionen deutlich erhöhen. Überdurchschnittlich ausgeweitet werden dürften die Wohnungsbauinvestitionen. So sind die Fördermittel für die Wohnraummodernisierung verdoppelt worden. Zudem werden die Altschulden der Wohnungsbauunternehmen gekappt. Zusammen mit der Anhebung der Mieten führt dies zu einer spürbaren Verbesserung ihrer finanziellen Lage. Hinzu kommt, daß durch die Vereinfachung von Bauvorschriften und die zunehmende Klärung von Eigentumsansprüchen Investitionshemmnisse geringer werden. Zusätzlich an Attraktivität gewinnen die Wohnungsbauinvestitionen durch niedrigere Zinsen. Die staatlichen Bauinvestitionen dürften trotz der angespannten Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden auch weiterhin kräftig zunehmen.

Dagegen wird die bislang von kräftigen Einkommenssteigerungen getriebene Expansion des privaten Verbrauchs zu Ende gehen; wir erwarten für 1993 und 1994 einen leichten Rückgang. Maßgeblich dafür ist der Umschwung bei der Entwicklung der real verfügbaren Einkommen. Infolge hoher Tariflohnsteigerungen sowie einer raschen Ausweitung der Transferzahlungen sind die Einkommen von 1989 bis 1992 um rund ein Viertel gestiegen. In diesem und auch im kommenden Jahr werden sie leicht sinken; die jetzt vereinbarte Streckung

der Tariflohnanpassung an das Westniveau verringert den Zuwachs der Haushaltseinkommen ebenso wie die für 1994 angekündigten umfangreichen Erhöhungen bei Sozialabgaben und die Kürzungen bei den Sozialleistungen. Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit ist allenfalls mit einer teilweisen Kompensation durch eine verringerte Sparneigung zu rechnen.

Die ostdeutsche Warenausfuhr stagnierte bis zuletzt in der Grundtendenz. Noch immer sind die ostdeutschen Exportunternehmen in starkem Maße von den Märkten in den osteuropäischen Ländern abhängig. Im Gegensatz zu den westdeutschen Unternehmen haben sie bislang jedoch nur wenig von den Impulsen aus den Reformstaaten (Polen, Ungarn, Tschechische Republik) profitiert. Die Ausfuhren in westliche Länder wurden durch die gedrückte Weltkonjunktur gedämpft; vor allem aber konnten ostdeutsche Produkte zumeist nicht mit der Qualität westlicher Produkte konkurrieren. Ausgehend von einem niedrigen Niveau dürften sich die ostdeutschen Ausfuhren im Laufe des nächsten Jahres jedoch merklich beleben. Dabei dürfte es mit Hilfe westdeutscher Unternehmen mehr und mehr gelingen, nicht nur Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Produkte, sondern auch ihre Vermarktung auf ausländischen Märkten zu verbessern. Zusätzlich wird sich die Erholung der Weltkonjunktur positiv auf die ostdeutschen Exporte auswirken. Auch die Lieferungen Ostdeutschlands in die alten Bundesländer werden wohl zulegen. Die Einfuhren werden in diesem und im nächsten Jahr weiter steigen. Der notwendige Aufbau eines leistungsfähigen Kapitalstocks sowie die zunehmende Produktion werden vor allem den Bezug von Investitionsgütern und Vorprodukten anregen.

Bedingt durch die anhaltende Anpassungskrise der ostdeutschen Wirtschaft wird die Zahl der Erwerbstätigen im Inland in diesem Jahr um 300 000 und 1994 um 70 000 geringer sein als im Vorjahr. Der Beschäftigungsabbau schlägt sich nicht in einem Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit nieder, da die Ausbildungszeiten zunehmen und die Erwerbsbeteiligung der Frauen sinkt. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen sowohl in diesem wie auch im kommenden Jahr knapp 1,2 Millionen betragen.

Trotz konjunktureller Wende hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit

Für Gesamtdeutschland erwarten wir für das kommende Jahr eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5 vH, nach einem Rückgang um knapp 2 vH in diesem Jahr. Die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität ist jedoch allein konjunktureller Art und sollte nicht in dem Sinne mißverstanden werden, daß die grundlegenden Probleme der deutschen Wirtschaft bald gelöst sind. Besorgniserregend ist insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit; die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote wird 1994 bei rund 10 vH liegen. Rechnet man zu den registrierten Arbeitslosen jene hinzu, die nur durch die vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor offizieller Arbeitslosigkeit bewahrt werden bzw. sich in die stille Reserve zurückgezogen haben, dann fehlen in Deutschland mehr als 6 Mill. Arbeitsplätze. Selbst durch eine kräftige Konjunkturbelebung nach 1994 wird das Arbeitsmarktproblem nur wenig entschärft werden. Entscheidend für eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten sind Korrekturen bei der

Lohnpolitik. Auch sind nachhaltige Veränderungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erforderlich, um für in- und ausländische Investoren zusätzliche Anreize für das Schaffen neuer Arbeitsplätze zu geben und das wirtschaftliche Wachstumstempo zu erhöhen. Kapital und technisches Wissen sind im Gegensatz zu Arbeit international mobil. Ziel muß es daher sein, die Standortqualität in Deutschland relativ zu der anderer Länder zu verbessern.

Was zu tun ist, ist hinlänglich bekannt. Vorschläge zur Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sind vielfach gemacht worden. Nunmehr gilt es, die vorhandenen Probleme rasch anzugehen. Daß trotz der Größe des Arbeitsmarktproblems in absehbarer Zeit eine spürbare Verbesserung durchaus möglich ist, hat die Entwicklung in den achtziger Jahren gezeigt, als in Westdeutschland mehr als 3 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dazu haben neben der konjunkturellen Belebung vor allem eine spürbare Lohnzurückhaltung sowie eine ausgeprägte Konsolidierungspolitik des Staates beigetragen. Letztere hat zwar auf kurze Sicht die Nachfrage gedämpft, auf mittlere Sicht hat sie jedoch die Wachstumsbedingungen deutlich verbessert und schließlich eine deutliche Senkung der Steuer- und Sozialabgabenbelastung ermöglicht. Eine solche Strategie schafft nicht nur neue Arbeitsplätze, sie führt gleichzeitig auf mittlere Sicht zu einem höheren Anstieg der Realeinkommen.

Summary

Federal Republic of Germany: Fiscal Consolidation – No Obstacle for a Recovery in 1994

Stabilization of Output in Western Germany

While during the winter semester 1992/93 output declined at an annual rate of 3.5 p.c., there was a small increase in the second quarter of 1993. This is mainly due to the stabilization of production in the manufacturing sector. In June, capacity utilisation was only slightly lower than in March. The recession has caused a marked decline in employment, almost 600 000 jobs have been lost since the mid of 1992 when employment had reached its peak. The respective increase in unemployment was even somewhat higher. Despite the cyclical weakening inflation at the consumer level is still high; producer prices, however, have been stagnating for one year.

Recession in the West is Dampening Recovery in Eastern Germany

While in the first quarter of 1993 output growth in the five new federal states slowed down, in the second quarter it was back to the moderate growth path reached in the second half of 1992. The recovery is still led by the expansion in the construction and in the services sector which benefit from massive transfer payments from the west. Manufacturing output rose slightly in the course of the year. The recession in western Germany had a dampening impact on the recovery; deliveries of goods from the eastern to the western part of Germany

almost came to a halt and western firms have slowed down the investment activities in the five new states. Despite the fact that short time work and the number of people covered by public labor market schemes have been reduced sharply, registered unemployment did not rise.

Outlook for Western Germany: Moderate Recovery in 1994

Leading indicators suggest that the decline of output has come to a halt. In the manufacturing sector, new orders have increased slightly and the business climate has improved. The decline in stocks shows that output has been adjusted to the weakness of demand. However, the recent improvement in the leading indicators is still too small to expect a recovery already in the course of 1993. On average, real GDP will fall by more than 2 p.c. this year.

At the beginning of next year, the increase of social security contributions and taxes will put a further drag on output growth. However, in the further course of 1994 a moderate recovery is likely. The dampening impacts of fiscal policy will then be more than compensated by the stimulus from the monetary easing and the cyclical improvement in main trading partner countries. For the first time since the beginning of 1991, overall capacity utilization is likely to rise in the second half of next year. All in all, real GDP will rise by about 1 p.c. in 1994. Since employment is lagging output growth, the decline in employment will come to a halt only at the end of next year. Due to lower wage increases and the continuing slack in the economy inflation is likely to slow down. Consumer prices will rise by about 4 p.c. in 1993 and 3 p.c. next year.

Outlook for Eastern Germany: Moderate Increase of Output Continues

Output growth in the five new states is likely to accelerate from 5 p.c. in 1993 to 7 p.c. next year. More and more plants in construction will be completed thus increasing industrial output. In addition, sales prospects will improve somewhat in line with the recovery in western Germany and in western Europe. The decline in employment is expected to come to an end in the course of next year; total employment will exceed its pre-year's level by about 300 000 in 1993 and by about 70 000 in 1994.

German Unemployment will Remain High

Total German GDP is likely to rise by 1.5 p.c. next year after a decline of 2 p.c. this year. However, the increase in output is only due to a cyclical improvement. The fundamental problems of the German economy are far from being solved. A cause of concern is especially the high unemployment; the German unemployment rate will reach 10 p.c. in 1994. Considering also hidden unemployment and the number of people in public labor market schemes, more than 6 million jobs are lacking in Germany. Even a strong cyclical improvement of the economy would raise employment only gradually. Therefore, it is necessary that wage growth moderates for several years to come.

Literaturverzeichnis

- BOSS, Alfred, „Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen und der Transfereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Weltwirtschaft, 1993, in diesem Heft.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (BMF), Finanznachrichten, 49, Bonn, 14. Juli 1993.
- BUNDESRATSDRUCKSACHE 350/93 vom 27.05.1993, Gesetzesbeschluß des Deutschen Bundestages, Gesetz über Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG), Bonn.
- KLODT, Henning, Karl-Heinz PAQUÉ, „Am Tiefpunkt der Transformationskrise: Industrie- und lohnpolitische Weichenstellungen in den jungen Bundesländern“. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 213, Juni 1993.
- KRÄMER, Jörg W., „Die Bedeutung der Exporte für die westdeutsche Konjunktur“. Die Weltwirtschaft, 1993, in diesem Heft.
- , Enno LANGFELDT, „Die Zinsdifferenz als Frühindikator für die westdeutsche Konjunktur. Die Weltwirtschaft, 1993, S. 34–42.
- LEHMENT, Harmen, „Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973–1990“. Die Weltwirtschaft, 1991, H. 2, S. 72–85.
- , „Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland – Zur Tarifpolitik der kommenden Jahre“. Die Weltwirtschaft, 1993, in diesem Heft.